

Senatsbeschlüsse

der 111. Sitzung des Senats

am 01.08.2017, 11:15 Uhr

2759.) Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Senats am 25.07.2017

---

Beschluss:

Der Senat genehmigt die Niederschrift über seine Sitzung am 25. Juli 2017.

2760.) Das Gesamtprogramm Sprache des Landes Bremen  
- Sachstand -  
(Vorlage 1432/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Wirtschaft,  
Arbeit und Häfen vom 28.07.2017)

---

Beschluss:

Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Wirtschaft,  
Arbeit und Häfen vom 28. Juli 2017 den Sachstand zum Gesamtprogramm  
Sprache mit der Maßgabe folgender Änderungen zur Kenntnis:

- Unter dem Punkt „Kommunale Sprachkurse (Sprachniveau A0 – B1) wird nach den Wörtern „Ab Herbst 2017 werden zudem“ das Wort „weitere“ eingefügt.
- Unter dem Punkt „Kinderbetreuung zur Unterstützung des Spracherwerbs“ wird im vorletzten Satz vor dem Wort „flexibel“ das Wort „weiterhin“ eingefügt.
- Unter der Überschrift „2. Ergebnisse des Bremer Sprachgipfels und aktueller Sachstand“ wird im ersten Kullerpunkt das Wort „Haushaltsentwürfen“ durch „Haushaltsvorentwürfen“ ersetzt.
- Zu der Unterüberschrift „In der Gesamtschau wurden folgende Lücken identifiziert“ werden im ersten Absatz der Zusatz „der Beschlussfassung

durch die Bremische Bürgerschaft“ ersatzlos gestrichen und „Haushaltsentwürfen“ durch „Haushaltsvorentwürfen“ ersetzt.

- 2761.) Herstellung der Direktvergabefähigkeit der Bremer Straßenbahn AG; Ausschluss der privaten Minderheitsaktionäre der BSAG gegen Gewährung einer angemessenen Abfindung (Vorlage 1433/19)
- 

Beschluss:

Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 1433/19 Kenntnis.

- 2762.) Integriertes Entwicklungskonzept (IEK) Gröpelingen: Öffnung des Quartiersbildungszentrums Morgenland ins Quartier  
Hier: Einsatz von Mitteln aus dem Programm "Soziale Stadt" zur Aufwertung des Schulhofs für das Quartier (Vorlage 1434/19)
- 

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1434/19 der Maßnahme „Öffnung des Quartiersbildungszentrums ins Quartier“ und der Durchführung zu.
2. Der Senat stimmt der dargestellten Finanzierung und der Vorbelastung des Haushaltes 2018 sowie der Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 316 TEUR zu.
3. Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr wird gebeten, die Vorlage der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft zur Beschlussfassung vorzulegen und über die Senatorin für Finanzen die notwendigen haushaltsrechtlichen Verpflichtungen beim Haushalts- und Finanzausschuss einzuholen.

2763.) "Stadtteil ohne Car-Sharing - wann gibt es einen "mobil.punkt" in Huchting?"  
(Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN - S 02)  
(Vorlage 1435/19)

---

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1435/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

2764.) Ernennung von Richterinnen und Richtern am Oberlandesgericht zu  
Richterinnen und Richtern im Nebenamt beim Obergericht  
(Vorlage 1436/19)

---

Beschluss:

Der Senat ernennt nach Artikel 3 Abs. 2 AGVwGO die Richterin am Oberlandesgericht. Katharina Witt für die Zeit vom 01. August 2017 bis zum 31. Juli 2022 längstens für die Dauer ihres Hauptamtes, zur Richterin im Nebenamt beim Obergericht Bremen.

2765.) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften  
(Vorlage 1437/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat stellt fest, dass

- der vorletzte Absatz unter „B. Lösung“ ersatzlos gestrichen wird.
- unter „B. Lösung“ nach dem letzten Absatz folgender neuer Absatz angefügt wird:

„Für den Bereich der Polizeivollzugsbeamtinnen und –beamten hatte der Senat am 11. April 2017 beschlossen, die bisherigen Zulagen für

den Dienst zu ungünstigen Zeiten sowie die Wechselschichtzulage auf eine neue rechtliche Grundlage zu stellen und die Zulagen für besondere polizeiliche Dienste zu erhöhen. Dazu befindet sich der Entwurf einer Bremischen Erschwerniszulagenverordnung, die die bisherigen Bundesvorschriften für die Freie Hansestadt Bremen ablösen soll, in der Ressortabstimmung. Es wird angestrebt, diese Verordnung und den vorliegenden Gesetzentwurf zeitgleich in Kraft treten zu lassen.“

2. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 13. Juli 2017 den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften und bittet die Senatorin für Finanzen, diesen Entwurf
  - gemäß § 93 Bremisches Beamtengesetz den Spitzenorganisationen der zuständigen Gewerkschaften und Berufsverbände im Lande Bremen, gemäß § 39a Bremisches Richtergesetz den Spitzenorganisationen der zuständigen Vereinigungen der Richterinnen und Richter im Lande Bremen sowie
  - gemäß Beschluss Nr. 3 zu TOP 3 der Konferenz Norddeutschland vom 11. April 2007 den anderen norddeutschen Ländern zuzuleiten.
  
3. Der Senat beschließt, dass vorbehaltlich der gesetzlichen Regelung für den Bereich des Landes und der Stadtgemeinde Bremen zum nächstmöglichen Zeitpunkt Abschlagszahlungen und zwar rückwirkend zum 1. Juli 2017 auf der Basis des Gesetzentwurfs geleistet werden. Die Zahlungsempfängerinnen und Zahlungsempfänger sind in ihrer Bezügemitteilung auf den Vorbehalt der Abschlagszahlung hinzuweisen. Dem Magistrat der Stadt Bremerhaven wird empfohlen, entsprechend zu verfahren.

2766.) Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen, dem Land Mecklenburg-Vorpommern, dem Land Niedersachsen, dem Land Sachsen-Anhalt und dem Land Schleswig-Holstein zur Begründung einer länderübergreifenden gebündelten Verfahrensbetreuung durch (Vorlage 1438/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 1438/19 den Entwurf des Staatsvertrages zwischen der Freien Hansestadt Bremen, dem Land Mecklenburg-Vorpommern, dem Land Niedersachsen, dem Land Sachsen-Anhalt und dem Land Schleswig-Holstein zur Begründung einer länderübergreifenden gebündelten Verfahrensbetreuung durch die Steuerverwaltungen zur Kenntnis.
2. Der Senat ermächtigt die Senatorin für Finanzen, den Staatsvertrag zu unterzeichnen.
3. Der Senat beschließt die der Vorlage beigefügte Mitteilung des Senats an die Bremische Bürgerschaft und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme und wegen der geplanten Staatsvertragsunterzeichnung am 07.09.2017 um dringliche Behandlung noch in der nächsten Sitzung.

2767.) Beteiligungsübersicht 2017 der Freien Hansestadt Bremen (Vorlage 1439/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat stellt fest, dass
  - im Bericht auf Seite 23 „49,1“ durch „49,9“ ersetzt wird-
  - im Bericht auf Seite 65 wird „24,0“ durch „24,9“ ersetzt wird.

2. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 1439/19 die Beteiligungsübersicht 2017 zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Finanzen die Übersicht dem Controllingausschuss zuzuleiten.

2768.) "Bearbeitungsdauer von Steuererklärungen im Land Bremen"  
(Kleine Anfrage der Fraktion der FDP)  
(Vorlage 1440/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 31.07.2017)

---

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 31. Juli 2017 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

2769.) "Perspektiven junger Männer mit Migrationshintergrund in Bremen und Bremerhaven"  
(Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD)  
(Vorlage 1441/19)

---

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage d1441/19 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 13. Juni 2017 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis mit der Maßgabe folgender Änderung:

Der vierte Absatz der Antwort auf Frage 2 wird ersatzlos gestrichen.

2770.) "Vollstreckung rückständiger Rundfunkbeiträge durch die Stadtgemeinde"  
(Kleine Anfrage der Fraktion der FDP)  
(Vorlage 1442/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen  
vom 31.07.2017)

---

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 31. Juli 2017 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

2771.) "Wie wird die Pflege von Rahmengrünflächen in den Kleingartengebieten  
künftig geregelt?"  
(Kleine Anfrage der Fraktion der FDP)  
(Vorlage 1443/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1443/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP mit der Maßgabe folgender Änderung zu:  
  
Im zweiten Absatz der Antwort auf Frage 7 wird im zweiten Satz das Wort „Ihrer“ in „ihrer“ geändert.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

2772.) "Können brachliegende Kleingartengebiete bebaut werden?"  
(Kleine Anfrage der Fraktion der CDU)  
(Vorlage 1444/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1444/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

2773.) "Nutzt Bremen die finanziellen Chancen von Bundesprogrammen – zweiter Versuch"  
(Kleine Anfrage der Fraktion der CDU)  
(Vorlage 1445/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1445/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

Der letzte Absatz der Antwort auf die Fragen 1 und 2 wird ersatzlos gestrichen.

2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

2774.) "Wie oft setzt die Staatsanwaltschaft V-Leute in Ermittlungsverfahren ein?"  
(Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE)  
(Vorlage 1446/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1446/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.